

# Zweiteilung

## Halle'sche Neueste Nachrichten, Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich dreimal und zwar als **Freitagblatt**. Die Tagesblätter betragen in Halle und Land zwei durch die Post bei jeder Zustellung monatlich M. 10.00, in den Postgebieten ebenfalls M. 10.00 monatlich. Die abendliche Ausgabe (Mittwoch- und Freitag-Blätter) kostet M. 1.00, in auswärtigen Bezirken M. 1.50. Restlos am 1. März. Die Halle'sche Zeitung M. 4.00 im Ortsbezirk und M. 5.00 im erweiterten Bezirk. Anzeigen-Gebühren: Vier bis sechs Zeilen.

Geschäfts-Gebühren: Seite 1. bis 4. 200, 5. bis 8. 150, 9. bis 12. 100, 13. bis 16. 50, 17. bis 20. 25, 21. bis 24. 10, 25. bis 28. 5, 29. bis 32. 2, 33. bis 36. 1, 37. bis 40. 0,50, 41. bis 44. 0,25, 45. bis 48. 0,10, 49. bis 52. 0,05. Die Halle'sche Zeitung M. 4.00 im Ortsbezirk und M. 5.00 im erweiterten Bezirk. Anzeigen-Gebühren: Vier bis sechs Zeilen.

### Minister-Croener und die Reichsgewerkschaft.

#### Rein Verhandeln mit Streikführern.

Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter suchte Mittwoch Nachmittag beim Reichsverkehrsminister um eine Befreiung nach, die für heute Vormittag vorgebehalten war. Da sich ergab, daß sie von der Reichsgewerkschaft ausfindigen Kommissionen sich Beamte befinden, gegen die wegen der Urhebererschaft am Streik ein Disziplinarverfahren schwebt, ließ der Reichsverkehrsminister der Kommission durch einen Bevollmächtigten mitteilen, daß er in Verhandlungen mit diesen Beamten nicht eintreten könne. Die Kommission erklärte hierauf dem Bevollmächtigten: Die Kommission hat die Erklärung des Reichsverkehrsministers zur Kenntnis genommen, wonach der Reichsverkehrsminister bittet, an den Verhandlungen seitens der Reichsgewerkschaft nur solche Herren teilnehmen zu lassen, gegen die kein strafrechtliches oder disziplinarisches Verfahren wegen Verstoßes gegen Ziffer 1a der Richtlinien schwebt (Urheberchaft). Die Kommission kann aber diese Ansicht nicht teilen und beschloß nicht anertennen. Die Kommission ist durch den erweiterten Vorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter als geschlossene Verhandlungsvertretung geschaffen worden und hat als solche bereits mit dem Reichsstaatsrat verhandelt ohne daß überhaupt irgendwelche Bedenken erhoben wurden. Wir bitten daher um eine Erklärung, ob der Reichsverkehrsminister mit der unterzeichneten Kommission in Verhandlungen eintreten will. Der Reichsverkehrsminister ließ folgende Antwort erteilen:

Der Reichsverkehrsminister ist gern bereit, jederzeit die Verhandlungen mit der Reichsgewerkschaft, zu denen er als oberster Verwaltungsbehörde berufen ist, aufzunehmen. Es ist aber mit seiner Stellung gegenüber der gesamten Beamtenschaft nicht vereinbar, diese Verhandlungen mit Persönlichkeiten zu führen, die sich als Beamte der Urhebererschaft am Streik betätigt haben und gegen die deshalb ein Disziplinarverfahren schwebt. Auch für diese Beamten selbst müßte es nach Ansicht des Reichsverkehrsministers dienlicher sein, wenn die Verhandlungen mit der Verwaltung durch andere Personen geführt würden. Die Aufgabe des Empfangens der Kommission durch den Reichsstaatsrat kann der Reichsverkehrsminister nicht als für sein Verhalten maßgebend anerkennen. Der Reichsstaatsrat befindet sich nicht in der Stellung eines Verwaltungsoberhauptes und Dienstvorgesetzten der Eisenbahnbeamten.

### Zur Auslieferung der Mörder Datos.

Reichstag, 176. Sitzung.

Berlin, 23. Februar.

Der Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. Bark (Stamm) als ersten Punkt die Auslieferung der beiden Spanier durch die preussische Regierung auf die Tagesordnung zu legen.

Nach Erledigung einer Reihe kleiner Vorlagen schreitet das Haus zur zweiten Beratung des Zulagegesetzes. Abg. Hoffmann-Kohlenstein (Soz.) hält den Vorwurf der Kleinlichkeit an. Gatte nicht der Junker n. Knecht den Arbeiter, sondern der Arbeiter den Junker niedergeboren. Wie der Arbeiter längt sich. Die Mörder von Erzberger und Garzig werden nicht gefangen. Auch Herr a. Taggen wird nicht gefangen werden, wenn er demnach aus dem Gefängnis entlassen. So lange die Kampfen nicht beendet sind, erfordert es Menschlichkeit und Gerechtigkeit, die Kommunisten aus den Zuchthäusern und Gefängnissen zu entlassen.

Abg. W. a. m. u. (Soz.): Wenn die Liste den Vorwurf der Kleinlichkeit des Richters damit begründet, daß der letzte Richter nicht aus dem Willen der sogenannten herrschenden Klasse heraus kam, so würde es doch auch nicht anders werden, wenn die Richter der Linken herauskämen, die auch ihr Willen mit sich herumtrügen. Die Abgabe der Richter würde ihre Unparteilichkeit im Urteilen gefährden, wenn sie militär fürchten, abgesetzt zu werden, wenn sie der Gesandten der Mächten nicht trauen. Das Volk soll nicht so oft den Richter für das Urteil persönlich verantwortlich machen statt des Gesetzes.

Abg. Dr. C. (D. Vp.) weist den generellen Vorwurf der Kleinlichkeit ebenfalls zurück. Ein großer und ganzer ist unter Richteramt auch heute noch unangelegen.

Zustimmtes Dr. Kaddras:

Die Reichsregierung war der Ansicht, daß das Spricht einer demokratischen Republik besonders peinlich sein müsse. Deutschland muß sich aber nicht minder verpflichtet fühlen zur peinlichen Beobachtung seiner vertraglichen Verpflichtungen, zumal wir sonst leicht im gleichen Falle sich bezüglich der Auslieferung der Mörder Erzbergers. Die Angelegenheit ist keine Sache der menschlichen Empfindung, sondern rechtlicher Natur. Die Auslieferung ist erfolgt auf Grund unseres Auslieferungsgesetzes mit Spanien. Wo ist das wirtschaftliche oder politische Verbrechen, mit dem die argentinische Tat im Zusammenhang steht? In diesem Falle können wir die Auslieferung nicht...

übern. Die argentinische Tat ist ein politischer Raubakt. Aber sie ist nicht geeignet zu einem politischen Zweck. Neben dem strengen Willen des Reiches haben wir dem spanischen Volksherrn feierlich den Wunsch ausgesprochen, daß ein einmütiges Todesurteil in diesem Falle nicht vollzogen werde. Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr. Anfragen, Minister Nachsprachen und Weiterberatung des Zulagegesetzes.

### Der Hauptausfluß des Reichstages

bestimmte heute die nachfolgend angeforderten 6371 Millionen Mark zur Verbilligung von Auslandsgetreide und Mais für die Brotvermehrung aus dem fünften Nachtragsetz für 1921 und Genehmigung aus dem übrigen Postionen des Nachtragsetzes.

Bei der Beratung des Haushaltsplans des Reichswehrministeriums für 1922 wies der Abg. St. d. d. (Soz.) darauf hin, daß in den Offiziersstellen der Reichswehr immer noch ein so starker monarchistischer Geist herrsche, daß er und seine Partei in der Reichswehr nicht das höhere Instrument darstellen könne, das für die Republik notwendig sei. Der Redner äußerte schwere Bedenken, ob die Reichswehr in Lebensfragen der Republik auch wirklich ein williges Instrument der Regierung sein werde. Reichsminister Dr. G. b. l. betonte demgegenüber, er könne unter seiner vollen Verantwortung die Erklärung abgeben, daß das Heer einwillig seiner Führer ein absolut loyales und verfassungstreu. In dem Zusammenhang ist der Reichswehr niemals das höhere Instrument der Regierung gewesen. Während seiner Amtszeit sei die Reichswehr niemals den politischen Bestrebungen der Regierung entgegengetreten oder habe die Regierungspolitik gehindert. Fälle von törichten Äußerungen und Disziplinverstoßen untergeordneter Organe seien in allen Heeren der Welt vorgekommen, könnten also auch hier und wieder in der Reichswehr vorkommen. Dann sei es die Hauptfrage, solche Fälle nicht zu vertuschen, sondern sie in der breitesten Öffentlichkeit klarzustellen.

### Zusammenkunft Lloyd George-Poincaré.

In Bezug auf die bevorstehende Zusammenkunft zwischen Lloyd George und Poincaré scheint nach dem "Petit Parisien" bereits über folgende Streitpunkte eine Einigung erzielt zu sein:

Auf der Genueiser Konferenz wird kein Friedensvertrag besprochen werden, ebensowenig die Reparationen. Ferner wird der Völkerbund beauftragt werden, die Probleme zu behandeln, die die Konferenz nicht selbst behandeln wird.

Weiter soll selbst wenn die Konferenz die Anerkennung der Souveränität der Türkei nicht zuzulassen sollte, trotzdem die Möglichkeit offen gelassen werden, ein wirtschaftliches Abkommen mit der Sowjetregierung zu treffen. Ferner sollen die in Cannes vorliegenden Verpflichtungen, durch die die Nationen das Versprechen gaben, einander nicht anzuzufügen, nur in Form einer einfachen Resolution und nicht durch eine Konvention bestätigt werden.

„Dalla Chronicle“ zufolge findet die Unterredung zwischen Lloyd George und Poincaré in der Nähe von Bern im Laufe der nächsten Tage statt. Sie wird nur einige Stunden dauern und sich mit gewissen Fragen befassen, die in der französischen Note vom 5. Februar bezüglich der Genueiser Konferenz aufgeworfen werden.

### Die Deutschen und die Bolschewisten.

Das Journal von der Rhein.

Die Londoner „Times“ schreibt zur bevorstehenden Zusammenkunft Lloyd Georges mit Poincaré: an erster Stelle unter den politischen Fragen stehe die Haltung der Alliierten gegenüber den Bolschewisten und Deutschland. England und Frankreich müßten zu einem klaren festen Uebereinkommen gelangen, daß die Zulassung der Bolschewisten unter keinen Umständen eine Anerkennung der jenseitigen Sowjetregierung bedeute. Vorläufige Schritte auf der Konferenz von Genua gegenüber Deutschland seien nicht weniger notwendig als gegenüber Rußland. Deutschland habe sich verschoren, den Friedensvertrag von Versailles zu durchzuführen. Die gesamte Wirtschaftslage Deutschlands müsse erzwungen werden, den Alliierten mit Deutschland auf der Konferenz zusammenzutreffen. Die Alliierten wüßten, daß Deutschland vorläufig eine Politik des Staatsbankrottes verfolgen. Deutschland könne aber gezwungen werden, der Ausgabe von Papiergeld Einhalt zu tun und den Markkurs wieder zu heben. Die Deutschen und Russen verurteilten, England und Frankreich auseinanderzubringen. Das einzige Mittel, um den Bolschewisten und den Deutschen das Handwerk zu legen, sei ein englisch-französisches Uebereinkommen, um das sich andere Nationen hätten würden. Die erste Bedingung eines solchen Uebereinkommens sei die volle Uebereinstimmung in der Politik, die gegenüber den russischen Bolschewisten und Deutschland befolgt werden sollte, sowie die Aufrechterhaltung des Versailles Vertrags, an dem irgendwelche angemessene Abänderungen nur vorgenommen werden könnten durch die Organe, die den Vertrag selbst geschlossen haben, nämlich durch die Reparationskommission und den Völkerbund.

### Genua und Deutschlands Wirtschaft.

Die weltwirtschaftlichen Aufgaben, vor die Deutschland durch die Verhandlungen von Genua gestellt wird, machen es notwendig, die Wirkungen der deutschen Wirtschaftskraft in der Nachkriegszeit und die hier bestehenden Entwicklungsmöglichkeiten zu betrachten. Die Schuldenfrage, der Konsumantismus, die protektionistische Handelspolitik in so vielen fremden Ländern haben in dieser Zeit immer und immer wieder ihre Begründung in dem deutschen Baluta-Dumping, in der deutschen, sich dem unternationalen Kurs der deutschen Markt ergebenden Unterleistungsnotlage gesucht und vor der Öffentlichkeit dieser fremden Länder aufgefunden. Will man sich eine Uebersicht verschaffen, ob und inwieweit diese Behauptung zutrifft, so kann man hier auf ein neutrales Gutachten, ausgefertigt von Professor Bruins von der Rotterdammer Handelshochschule, hinweisen. Hier wird auf Grund der internationalen Statistiken nachgewiesen, daß der deutsche Export nach Großbritannien noch lange nicht die Hälfte des Exports vom Jahre 1913 wieder erreicht hat, daß der Gesamt-Export Deutschlands in der Nachkriegszeit mehr als 6 Mill. T. monatlich betrug und jetzt monatlich zwischen den Werten bezw. Höchstgrenzen von 1½ bis 2¼ Mill. T. schwankt. Auf die weiteren Einzelheiten des Gutachtens über die Produktionskosten in Deutschland und in den anderen Ländern kann hier in diesem Zusammenhang nicht eingegangen werden. Was ersichtlich notwendig, die sich aus den angegebenen Weltwirtschaftsstatistiken ergebenden Folgerungen zu unterziehen.

Die Arbeitslosigkeit in England, Amerika, der Schweiz und den sonstigen in ihrer Volkswirtschaft auf die härteste weltwirtschaftliche Verunsicherung angesetzten hochentwickelten Ländern begründeten Mangel des quantitativen wirtschaftlichen Schaffens beruhen auf dem Fehlen wichtiger Konsumkräfte, nicht auf der Gefährdung der einzelnen nationalen Industrien durch die Konkurrenzangebote unternationaler Länder. Berücksichtigt man aus Vorkriegsstatistiken den englisch-deutschen und deutsch-englischen Wirtschaftsverkehr und im Vergleich hierzu die letzten wirtschaftlichen Beobachtungen, so ist das Ergebnis solcher Betrachtung ein starkes Zurückdrängen deutscher Produkte auf dem englischen Markt durch produktionspolitische Umstellungen und Betriebsänderungsbestrebungen in der englischen Industrie, ein starkes Eindringen der deutschen Einfuhr aus England auf Grund der außerordentlichen Wertbifferenzen und der Unterminierung der Kaufkraft des deutschen Marktes. Das Wesentliche ist hierbei: Hand in Hand mit der Gefährdung der deutschen Wirtschaft und der Engländer der deutschen Kaufkraft in den Weltmarkt steigt die Exportmöglichkeit Deutschlands nach England.

Es trifft zu, daß in vielen Großstädten und Zeitungsartikeln diese Gefahr schon in vielen Situationen der vergangenen Jahre als nahe bevorstehend angekündigt wurde, bisher aber äußerlich noch nicht erkennbar sich auswirkte. Daraus darf aber nicht gefolgert werden, daß diese Gefahr eine pessimistische, aus Hoffungslosigkeit geborene Utopie sei, deren Verwirklichung sich Lebensstränge der Nation erfolgreich entgegenstellen. Setzt sich ein Gefährdungszug der Währung mit steigender Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes für fremdländische Waren in absehbarer Zeit durch, so darf bei den sich dann ergebenden Entwicklungsmöglichkeiten folgendes nicht übersehen werden: Qualitative und quantitative Passivität der deutschen Zahlungen und Handelsbilanz werden bei stabiler Währung die Verwirklichung des dauernden deutschen Verlustes an Volkseinkommen hinter dem Maß der Papiermarktkaufkraft nicht mehr in allen ihren Auswirkungen verbergen. Wenn heute in Deutschland die Fabriken arbeiten, die Maschinenrollen von dem unauffälligen Stampfen sind, erfüllen des gemäßigten Produktionswertes erfüllt sind: alles dies darf uns die Augen nicht vor der Erkenntnis verschließen, daß wir in den letzten Jahren über die in ihren Grenzen erkennbaren und abspäzieren Verluste durch den Verfall der Währung und seine Fortwirkungen hinaus einen unendlichen wirtschaftlichen Kräfteverlust erlebt haben, von dessen Auswirkungen wir uns kaum eine bessere Vorstellung machen können.

Steigender Papiermarktwert mit dauerndem Sinken der wirtschaftlichen Kraft, diese Gefahr hat das Signal unseres jetzigen Wirtschaftens das hinter den Unmöglichkeit der quantitativen Vermögensbestimmungen in den Bilanzrechnungen in Papiermarken hinter diesem Gang ungeschwächter Ziffern, den wirtschaftlichen Ausdrucksgehalt verliert. So man sich klar, wie die Bilanz ausgedrückt werden, bei der Bilanzierung. So man sich klar...

